

NRB am 07.07.2023
Amtliche Bekanntmachungen

Aus der Arbeit des Gemeinderates

In seiner Sitzung am 27. Juni hat der Gemeinderat in seiner öffentlichen Sitzung über folgende Themen beraten:

Stellungnahme zur Suchraumkulisse von Windvorrangflächen des Verband Region Stuttgart

Die Verwaltung war beauftragt sich in den Planungsprozess zur Fortschreibung des Regionalplans in Bezug auf die Windkraft einzubringen und die ausgewiesenen Potentialflächen eingehend zu untersuchen.

Diese Untersuchung wurde nun abgeschlossen und dem Gemeinderat vorgestellt. Der Gemeinderat beauftragte daraufhin die Verwaltung gegenüber dem Verband Region Stuttgart die Ausweisung einer Windvorrangfläche im Gewann Pfaffenrain / Maurener Hau vorzuschlagen.

Freiwillige kommunale Wärmeplanung

Auf dem Weg zum Erreichen der Klimaneutralität stellt die Wärmewende – der Ausstieg aus fossilen Energieträgern – einen zentralen Meilenstein dar.

In Zukunft werden Wärmenetze und Wärmepumpen dominieren. Die Landesregierung hat mit dem Klimaschutzgesetz 2020 bereits das Instrument der kommunalen Wärmeplanung eingeführt. Verpflichtend ist diese aber nur für Städte über 20.000 Einwohner.

Der Gemeinderat beschloss für Holzgerlingen eine kommunale Wärmeplanung durchzuführen, damit dadurch eine Arbeitshilfe für künftige Baumaßnahmen und eine Beratungshilfe für die Bürger:innen geschaffen wird.

Für die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung wird ein Planungsbüro beauftragt.

Das Vorhaben wird vom Land Baden-Württemberg mit max. 80 % gefördert.

Erweiterung KFV-Vereinsgelände - Antrag auf Darlehensgewährung zur Zwischenfinanzierung

Der KFV Kalteneck e.V. plant die Erweiterung des Vereinsgeländes durch den Bau eines Vereinsschuppens, um Abstellmöglichkeiten inkl. Werkstatteinrichtung, vorwiegend für die Jugend-Karts, zu schaffen. Zudem soll das Vereinsgelände an die öffentliche Abwasserentsorgung angeschlossen werden.

Nachdem nunmehr die Planungen fertiggestellt sind und der Vereinsschuppen genehmigt ist, hat der KFV einen Antrag auf Zuschuss beim WLSB gestellt. Förderfähig sind der Vereinsschuppen und der Abwasseranschluss, so dass mit einem Zuschuss von rd. 29.000 € für den Vereinsschuppen und rd. 21.000 € für den Kanalanschluss, also insgesamt 50.000 € gerechnet wird.

Erfahrungsgemäß ist nach einer Förderzusage bzw. -bewilligung mit einer Auszahlung erst in 3-4 Jahren zu rechnen.

Um die Gesamtmaßnahme iHv. rd. 500.000 € in den nächsten 2 Jahren durchführen zu können, beantragte der Verein ein zinsloses Darlehen iHv. 50.000 € von der Stadt, das der Gemeinderat bewilligte.

Antrag der BNU - Teilnahme der Stadtverwaltung an der Meldeplattform "RADar"

Die BNU hat den Antrag auf Teilnahme der Stadtverwaltung an der Meldeplattform RADar gestellt.

RADar biete den beteiligten Ämtern in Kooperation mit der Bürgerschaft eine Plattform, um verkehrstechnische und infrastrukturelle Verbesserungen im Radverkehr weiterzuentwickeln. Angemeldete Nutzer:innen melden in Echtzeit Gelungenes oder Defizitäres an die Kommune, die dann entsprechend Rückmeldung geben und ggf. Maßnahmen einleiten kann. Dadurch könne der Aufwand der beteiligten Ämter an regelmäßigen Kontrollen reduziert und gezielt gesteuert werden.

Das Gremium einigt sich darauf, dass sich die Verwaltung die Plattform ansehen und Erfahrungsberichte anderer Gemeinden einholen wird. In der September - Sitzung werde dann ein Verwaltung-Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise eingebracht, über den das Gremium abstimmen solle.

Antrag der BNU - Kennzeichnung von Fußgänger- und Radübergängen

Die BNU hat den Antrag auf eine farbliche Kennzeichnung des Straßenbelages von Fuß- und Radübergängen in der Anna-Haag-Straße bei der Kreuzung Werastraße und Margarethe-Steiff-Straße sowie an der L1001 / Verlängerung Hohenzollernstraße bei der Kreuzung des Fuß-Radwegs entlang der Schönbuchbahn gestellt.

Die Bebauung und Besiedelung des Gebietes ziehe ein erhebliches Pkw-Aufkommen nach sich, zudem werde hier auch mit erheblich höheren Geschwindigkeiten als der vorgeschriebenen Höchstgeschwindigkeit gefahren. Andererseits nutzen die Anna-Haag-Straße auch vielfach Fußgänger und Radfahrer als Zubringer in die nahe Natur.

Intention sei eine deutlich erhöhte Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer als auch ein Signal der Verwaltung, dass man es mit dem Mobilitätskonzept in Richtung Verkehrswende ernst meine.

Verkehrsrechtlich ist eine farbliche Kennzeichnung an den gewünschten Stellen nicht zulässig ist. Daher wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.